

Dossier „Ökonomie mit Energie“

Ausgabe 159, 2017

- 1. Artikel: Kohleausstieg: Angst vor dem Blackout (15.11.2017)**
- 2. Artikel/Grafik: Energiewirtschaft: Wenn es richtig dunkel wird (15.11.2017)**
- 3. Artikel: Sondierungsgespräche: Knackpunkt Kohle (15.11.2017)**
- 4. Meinung: Kohlekraftwerke: Es kommt auf den Weg an (16.11.2017)**

Die Artikel thematisieren rund um die Sondierungsgespräche den Kohleausstieg. „Es ist einer der kritischsten Punkte bei den Jamaika-Sondierungsverhandlungen: Wie soll Deutschland seine selbst gesteckten Klimaziele erreichen, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden? [...] Kohlekraftwerke werden abgeschaltet - aber wie schnell? Umweltschützer fordern den raschen Ausstieg. Netzbetreiber Amprion warnt vor einer Überlastung der Leitungen - und dem Blackout.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen „**Energiapolitik**“, „**Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft**“ und „**Energiemix der Zukunft**“

- 1. Fassen Sie die derzeitige Diskussion um das Abschalten der Kohlekraftwerke in Deutschland zusammen. Gehen Sie dabei auch auf die energie- und umweltpolitischen Hintergründe ein.*
- 2. Ermitteln Sie mithilfe der Artikel, welche Herausforderungen mit dem Abschalten der Kohlekraftwerke in Deutschland verbunden sind.*
- 3. Nennen Sie die Akteure, die sich an der Diskussion beteiligen und legen Sie deren Positionen bzw. Interessen dar. Arbeiten Sie die auftretenden Konfliktlinien heraus.*
- 4. Beurteilen Sie, inwiefern im vorliegenden Fall ökologische und ökonomische Zielsetzungen im Konflikt zueinanderstehen. Diskutieren Sie, warum sich solche Konflikte nur schwer lösen lassen.*

- 5. Artikel: Klimakonferenz: Alle Augen auf Merkel (16.11.2017)**
- 6. Meinung: Klimakonferenz: Hohe Erwartungen (16.11.2017)**
- 7. Meinung: Willkommen in der Realität! (17.11.2017)**
- 8. Meinung: Führungsvakuum beim Klimaschutz (20.11.2017)**

Die Artikel fokussieren die Klimakonferenz in Bonn, mit der hohe Erwartungen einhergingen. „Die Welt verhandelt in Bonn über den Klimaschutz. Was die Kanzlerin anbietet, ist vielen nicht genug. [...] Schöne Worte allein helfen dem Umweltschutz

nicht auf die Sprünge [...]. Wie kaum ein zweiter Politiker von Gewicht stand Merkel, die einst im Kabinett von Helmut Kohl Umweltministerin war, für den Kampf gegen die Erderwärmung. Davon ist auf der diesjährigen Klimakonferenz in Bonn nicht mehr viel zu spüren. [Doch es wird sich rächen], im Klimaschutz mit illusorischen Zielen voranzugehen, sagt Klaus Stratmann. [...] Deutschland hat sich auf der Klimakonferenz als Bremser erwiesen. Dabei muss der Umbau der Wirtschaft dringend angegangen werden, meint Silke Kersting.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen „**Energiepolitik**“, „**Perspektiven der Weltenergieversorgung**“ und „**Umweltschutz**“

1. *Ermitteln Sie Hintergründe und Zielsetzungen der Klimakonferenz in Bonn.*
2. *Erläutern Sie, inwiefern es beim Klimaschutz länderübergreifender politischer Anstrengungen bedarf und welche Herausforderungen damit verbunden sind.*
3. *Erklären Sie, warum die Anstrengungen Deutschlands zum Klimaschutz bei der Konferenz besonders im Fokus standen.*
4. *Erschließen Sie sich Gründe dafür, dass Deutschland seine Klimaziele bislang nicht erreicht hat. Beurteilen Sie, welche Rolle dabei Konflikte zwischen verschiedenen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen spielen.*
5. *Diskutieren Sie, welche Chancen und Herausforderungen mit verstärkten Anstrengungen zum Klimaschutz in Deutschland verbunden sind.*

9. Artikel/Grafik: Online-Marktplatz für Energie: Von Mensch zu Mensch (17.11.2017)

10. Interview: Heiko von Tschischwitz: „Wir sind eine Art Airbnb der Energiewirtschaft“ (17.11.2017)

„Enyway-Gründer und -Chef Heiko von Tschischwitz geht mit einer Kampfansage in den Markt: „Wir machen die klassischen Versorger überflüssig“, kündigt er im Gespräch mit dem Handelsblatt an: „Strom wird von Menschen erzeugt und direkt an andere Menschen verkauft.“ [...] Bisher haben Betreiber von Wind- und Solaranlagen ihren Strom anonym ins Netz eingespeist und allenfalls an Großhändler verkauft - um den Vertrieb an Endkunden kümmerten sich die Vertriebsgesellschaften der Energiekonzerne und Stadtwerke oder spezielle Billiganbieter. Über Enyway schließen die Produzenten direkt Verträge mit den Haushalten ab. Sie schildern, wie und warum sie grünen Strom produzieren, und legen selbst den Preis fest. Enyway kümmert sich um Formalitäten bei Behörden und Netzbetreibern, Kundenservice und Abrechnung - und stellt sicher, dass die Verbraucher immer Strom bekommen. Kann der Produzent nicht liefern, wird Ökostrom am Markt dazugekauft. Ob das

Geschäftsmodell wirklich etwas „Revolutionäres“ ist, wie von Tschischwitz verspricht, bleibt abzuwarten. Innerhalb eines Jahres will er mindestens „eine mittlere fünfstellige Zahl“ an Verträgen vermitteln.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“**, **„Angebot/Nachfrage/Preisbildung“**, **„Wettbewerbsstrukturen“** und **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“**

1. *Ermitteln Sie, wie der Strommarkt auf den Ebenen des Großhandels und des Endkundenmarktes grundsätzlich organisiert ist.*
2. *Beschreiben Sie, warum Endkunden nicht zwingend einen Stromliefervertrag mit einem Erzeuger abschließen müssen.*
3. *Stellen Sie die Geschäftsidee von Enyway dar und erläutern Sie, inwiefern es sich um eine „Revolution“ handelt. Erschließen Sie sich den zentralen Treiber für diese „Revolution“.*
4. *Diskutieren Sie, welche Veränderungen sich auf den Endkundenmarkt für Strom ergeben könnten, wenn sich das Geschäftsmodell von Enyway durchsetzen und weitere Anbieter auf den Markt kommen würden.*

11. Artikel/Grafik: Rohstoffe: Ölk Aktien droht eine unsichere Zukunft (20.11.2017)

„Es klingt ein bisschen wie die Ironie des Schicksals: Der norwegische Ölfonds will sich von Öl- und Gasaktien trennen. [...] „Damit möchten wir unsere Abhängigkeit von Schwankungen beim Ölpreis mindern“, erklärte [der stellvertretende Zentralbankchef Norwegens, Egil Matsen]. [...] Der Fonds wurde 1996 eingerichtet, um den norwegischen Wohlfahrtsstaat auch nach dem Versiegen der Öl- und Gasquellen finanzieren zu können. Papiere von Öl- und Gasunternehmen machen zwar nur 30 Milliarden Euro oder rund sechs Prozent seines Aktienportfolios aus. Das reicht jedoch schon aus, um den Staatsfonds bei einer Reihe von Konzernen zum Großaktionär zu machen. Entsprechend angeschlagen reagierten die Aktien von Ölkonzernen wie Shell, BP oder Exxon. Ihre Kurse sackten ab, nachdem die Pläne bekannt wurden.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Energienmix der Zukunft“**, **„Perspektiven der Weltenergieversorgung“** und **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“**

1. *Ermitteln Sie die (gravierenden) Entwicklungen bzw. Veränderungen, die in den letzten Jahren auf dem Ölmarkt zu beobachten waren.*
2. *Analysieren Sie mithilfe des Artikels, inwiefern die Ölindustrie von diesen betroffen ist. Gehen Sie dabei insbesondere auf die Reaktionen der Finanzmärkte ein.*
3. *Beurteilen Sie, welchen Einfluss die Klimapolitik und Maßnahmen zum Klimaschutz auf den Erfolg der Ölindustrie haben kann. Geben Sie diesbezüglich Einschätzungen und Empfehlungen von Experten wieder.*
4. *Erläutern Sie am vorliegenden Beispiel, inwiefern sich Unternehmen kontinuierlich an sich wandelnde Rahmenbedingungen anpassen müssen und welche Herausforderungen damit verbunden sind.*
5. *Diskutieren Sie, welche Bedeutung das Erdöl Ihrer Meinung nach in den nächsten Jahrzehnten bei der Sicherstellung der Energieversorgung zukommen wird.*

12. Gastkommentar: Wirtschaftsfaktor Klimaschutz (20.11.2017)

„Ökonomie und Ökologie lassen sich in der Klimapolitik versöhnen, meint Michael Otto. [...] Der Klimawandel gefährdet mithin nicht nur die wirtschaftliche Stabilität und Sicherheit der Länder über nationale Grenzen hinweg, er stört auch den Frieden und die Stabilität unserer Weltgemeinschaft und ist an jedem Ort eine Bedrohung für unsere Existenz. Klimaschutz ist deshalb bei Weitem nicht nur eine moralische Frage. Er ist eine Frage globaler Solidarität. Und: Er ist ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor. [...] Auf die neue Bundesregierung kommt in der kommenden Legislaturperiode [...] einiges zu. Es geht darum, durch ambitionierten Klimaschutz die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft zu sichern, und es geht darum, deutlich zu machen, dass Deutschland zu seinen Klimazielen steht. Wollen wir hiernicht Oberlehrer, sondern Vorreiter sein, so müssen wir einen deutlichen Strukturwandel in unserem Land vorantreiben. Nur so können wir dies auch mit Nachdruck von anderen einfordern. [...] Der Klimaschutz ist eine große Chance zur Modernisierung unserer Wirtschaft und unseres Landes.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Energiepolitik“** und **„Umweltschutz“**

1. *Beschreiben Sie Ursachen und Folgen des Klimawandels.*

2. *Geben Sie die Einschätzungen des Kommentators hinsichtlich der Notwendigkeit, in Deutschland verstärkt den Klimaschutz anzugehen, wieder. Ermitteln Sie, welche Chancen und Herausforderungen seiner Meinung nach damit verbunden sind.*
3. *Beurteilen Sie die Aussage, dass sich Ökonomie und Ökologie in der Klimapolitik versöhnen lassen.*
4. *Erläutern und diskutieren Sie die Vorschläge des Kommentators zur Stärkung der Klimapolitik und des Klimaschutzes.*

13. Interview: „Die Kohle hat keine Zukunft mehr“ (21.11.2017)

„Der Direktor der Internationalen Energieagentur über den Kohleausstieg, die Zukunft des Verbrennungsmotors, den Emissionshandel und die Rolle von Erdgas zur Senkung von Kohlendioxidemissionen.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Umweltschutz“**, **„Energiepolitik“** und **„Energemix von morgen“**

1. *Ermitteln Sie, welche Bedeutung der Kohle derzeit zur Sicherstellung der Energieversorgung weltweit zukommt.*
2. *Erläutern Sie die Argumente, auf die der Direktor der Internationalen Energieagentur, Fatih Birol, seine Einschätzung bezüglich der künftigen Bedeutung der Kohle stützt.*
3. *Analysieren Sie, welche Maßnahmen zumindest auf deutscher und europäischer Ebene nach Ansicht des Experten dazu beitragen können, dass schneller auf Kohle verzichtet werden kann.*
4. *Diskutieren Sie, welche Herausforderungen mit dem Kohleausstieg in Deutschland verbunden sind.*

14. Gastkommentar: Starker Gegenwind (23.11.2017)

„Die Politik muss auf dem Markt für Windenergie wieder für faire Wettbewerbsbedingungen sorgen, fordert Jürgen Geißinger. [...] Die Bundesregierung wollte die Akteursvielfalt erhalten und die Bürgerenergie schützen. Sonderregelungen und Ausnahmen wurden für Bürgerwindparks geschaffen. [...] Grundsätzlich gilt: Wer am wenigsten Förderung pro Kilowattstunde Strom verlangt, erhält den Zuschlag. Bürgerenergiegesellschaften gaben strategisch niedrige Angebote ab und bekamen daher mehr als 95 Prozent der Zuschläge. Das Ziel eines fairen und echten

Wettbewerbs wurde so ad absurdum geführt. Das führt zu enormer Unsicherheit in der Langzeitplanung und damit zum Stillstand [...]. Um die Wettbewerbsfähigkeit der Windenergiebranche zu erhalten, muss die Politik handeln.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Energiepolitik“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Energimix von morgen“**

1. *Ermitteln Sie die Bedeutung der Windkraft am deutschen Strom-Mix.*
2. *Erläutern Sie, ggf. durch eine zusätzliche Recherche, wie sich die Förderbedingungen für Strom, der mithilfe von Windkraftanlagen erzeugt wird, in den letzten Jahren geändert haben. Ermitteln Sie Gründe für diese Entwicklung.*
3. *Stellen Sie den jetzt geltenden Fördermechanismus in seinen Grundzügen dar. Untersuchen Sie, welche Auswirkungen und Nachteile nach Ansicht des Autors mit dem neuen Verfahren verbunden sind.*
4. *Erklären Sie am vorliegenden Beispiel, was unter der Interdependenz der Handlungen der Akteure im Politik- und Wirtschaftsgeschehen verstanden wird.*

Kohleausstieg: Angst vor dem Blackout

5 *Die Jamaika-Unterhändler bereiten einen umfassenden Ausstieg aus der Kohlekraft vor. Netzbetreiber Amprion fürchtet erhebliche Auswirkungen auf die Stabilität der Stromnetze. Im Extremfall drohen Blackouts, die Industrie ist alarmiert.*

10 Die Debatte über den Kohleausstieg ist einer der größten Streitpunkte in den Verhandlungen um die Bildung einer Jamaika-Koalition. Die Grünen pochen auf ein schnelles Ende des Braunkohleabbaus und der Stromproduktion in Kohlekraftwerken. Union und FDP haben ihre ablehnende Position bereits aufgeweicht. Der Kohleausstieg kommt, die Frage ist nur noch, in welchem Umfang.

15 Die Auswirkungen für die Stromnetze und die Wirtschaft könnten erheblich sein. „Ein rascher Kohleausstieg wäre für das Transportnetz eine enorme Herausforderung“, warnt Amprion-Chef Klaus Kleinekorte im Gespräch mit dem Handelsblatt. Amprion ist einer der vier großen Betreiber, die in Deutschland für das überregionale Transportnetz verantwortlich sind - und Blackouts verhindern müssen. „Wir sind sehr skeptisch, ob ein rascher Kohleausstieg zu bewältigen ist.“

20 Die Lage ist angespannt: Schon jetzt bedroht der Atomausstieg immer wieder die Netzstabilität. „Ein Kohleausstieg würde uns vor zusätzliche Probleme stellen.“ Im Gegensatz zu Wind- und Solarenergie stehen Atom- und Kohlekraftwerke verlässlich zur Verfügung. 2016 stammten immerhin noch 40 Prozent des deutschen Stroms aus Kohlekraftwerken. Umweltschützer verweisen auf Studien, nach denen Deutschland durch erneuerbare Energien zu viel Strom produziert und regelmäßig ins Ausland exportiert. Amprion betont dagegen, dass die Stabilität der Stromnetze im vergangenen Winter mehrfach kritisch gewesen sei. „Die Netze drohten zu bersten“, sagte Kleinekorte. Einen solchen GAU fürchtet die Wirtschaft wie kaum etwas

30

Quelle: Flauger, J./Heide, D., Handelsblatt, Nr.220, 15.11.2017, 001

Energiewirtschaft: Wenn es richtig dunkel wird

5 *Kohlekraftwerke werden abgeschaltet - aber wie schnell? Umweltschützer fordern den raschen Ausstieg. Netzbetreiber Amprion warnt vor einer Überlastung der Leitungen - und dem Blackout.*

Keine Frage: Kohlekraftwerke haben langfristig keine Zukunft. „Die Stromerzeugung aus Kohle wird deutlich und kontinuierlich zurückgehen“, sagt Markus Krebber. Der 44-Jährige arbeitet weder für Greenpeace noch für eine andere
10 Umweltschutzorganisation. Er ist Finanzvorstand von RWE, Deutschlands größtem Kohlestromproduzenten und Europas größtem CO₂ - Emittenten.

Krebber macht sich keine Illusionen. Langfristig passen Kohlekraftwerke, die besonders viel des Treibhausgases CO₂ ausstoßen, nicht zum weltweiten Kampf
15 gegen den Klimawandel. Das wird gerade in diesen Tagen deutlich. In Berlin verhandeln Union, FDP und Grüne über den Kohleausstieg. In Bonn versuchen die Vertreter der Vereinten Nationen bei der Weltklimakonferenz, die Klimaerwärmung endlich einzudämmen. Zum Auftakt demonstrierten 2 500 Umweltschützer im 80 Kilometer entfernten Rheinischen Revier gegen RWEs Braunkohleförderung.

20 Nachdem die Schlacht gegen die Atomkraft geschlagen ist, richtet sich der Kampf der Umweltschützer jetzt gegen die Kohle. Aber selbst in der Wirtschaft wächst die Front gegen Kohleförderung und - kraftwerke. In der vergangenen Woche unterzeichneten 50 deutsche Unternehmen von Adidas bis SAP, von Eon bis Telekom einen Appell,
25 im Koalitionsvertrag „einen Ausstiegspfad bei der Kohleverstromung“ zu verankern.

„Bei einem kurzfristigen Ausstieg aus der Kohle wäre die Versorgungssicherheit nicht mehr gewährleistet“, hält RWE-Vorstand Krebber dagegen. Sein Unternehmen hat
30 aber auch handfeste wirtschaftliche Interessen. RWE verdient vor allem an der Braunkohle gut.

Für den technischen Geschäftsführer Amprions, Klaus Kleinekorte, ist die Frage, ob der Kohleausstieg machbar ist, dagegen weder eine ideologische noch eine wirtschaftliche Frage - sein Unternehmen kann Kosten für neue Stromleitungen auf
35 die Stromkunden umlegen. „Wir betrachten das Thema Kohleausstieg eher elektrotechnisch“, sagt Kleinekorte: „Für uns als Übertragungsnetzbetreiber ist es grundsätzlich egal, ob wir aus Atom, Kohle oder Wasserkraft aussteigen - wichtig ist, die Frage physikalisch zu diskutieren und nicht ideologisch.“

40 Und dabei hat er ernste Bedenken: „Aus unserer Verantwortung heraus bereitet es uns natürlich Sorgen, wenn Kraftwerke vom Netz sollen, die planbar, gesichert und flexibel Strom liefern.“

Sein Argument: Es wird zwar immer mehr Strom aus erneuerbaren Energien
45 produziert. Im vergangenen Jahr war es schon ein Drittel. Es gibt sogar einzelne Stunden - etwa an einem sonnigen Pfingsttag - an dem Wind- und Solarenergie den Stromverbrauch fast komplett gedeckt haben. Es gibt aber auch Tage, an dem Wind

und Solarstrom fast komplett ausfallen, weil der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint.

50

Ein Netzbetreiber wie Amprion muss auf Nummer sicher gehen und zu jedem Zeitpunkt, auch bei extremsten Bedingungen genug Strom im Netz haben, um den Bedarf jederzeit zu decken. Sind Angebot und Nachfrage nicht im Einklang, droht ein Stromausfall. Der Netzbetreiber drängt deshalb auf ausreichend gesicherte Leistung, die verlässlich zur Verfügung steht. Die bieten eben Atom-, Kohle-, Gas- oder Wasserkraftwerke.

55

Aktuell gibt es davon noch genug: Gut 100 Gigawatt sind in konventionellen Kraftwerken installiert. Deutschland hat einen regelmäßigen Bedarf an 80 Gigawatt. Der Puffer ist noch üppig.

60

Umweltschützer sehen Spielraum Für Umweltschützer ist er groß genug, direkt Kohlekraftwerke abzuschalten. Die Grünen hatten zunächst gefordert, die 20 ältesten Anlagen bereits bis 2020 vom Netz zu nehmen.

65

Nach einer aktuellen Studie des Thinktanks Agora Energiewende wäre dies auch möglich, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden. „Wir könnten ohne Probleme für die Versorgungssicherheit rund acht Gigawatt an alten Braunkohlekraftwerken sofort stilllegen“, sagt Agora-Direktor Patrick Graichen. Selbst zum Zeitpunkt der höchsten Nachfrage stünden noch genug Kraftwerke zur Verfügung, um die Versorgung sicherzustellen, heißt es in der Studie. Es gebe genügend Überkapazitäten. Es stünden viele Gaskraftwerke ungenutzt herum, weil sie - unter anderem von Kohlekraftwerken - aus dem Markt gedrängt wurden.

70

Unter dem Strich sei Deutschland auch ein Stromexporteur, heißt es in der Studie. 2016 seien hierzulande 595 Terawattstunden an Strom produziert worden - 54 Terawattstunden davon seien aber ins Ausland exportiert worden. „Der Kohleausstieg unserer Nachbarn macht uns zum Kohlestromlieferanten für ganz Westeuropa“, sagt Graichen. „Es sei denn, die deutsche Politik folgt dem Beispiel der Niederlande, Frankreichs, Italiens, Großbritanniens und vieler anderer Länder und legt kurzfristig die ältesten Kohlekraftwerke still.“

75

80

Netzbetreiber Amprion sieht den Puffer aber schon schwinden. Geschäftsführer Kleinekorte verweist auf die Szenarien, die von den vier großen Netzbetreibern bis 2030 entwickelt und von der Bundesnetzagentur geprüft wurden. Danach sinkt die gesicherte Leistung in konventionellen Kraftwerken schon jetzt - ohne einen beschleunigten Kohleausstieg - auf maximal 80 Gigawatt. Zum einen werden bis 2022 mit dem Atomausstieg die letzten zehn Gigawatt in Atomkraftwerken abgeschaltet. Zum anderen planen die Kraftwerksbetreiber selbst schon bis 2030 die Reduzierung der Braunkohleverstromung um zehn Gigawatt.

85

90

Ein weitergehender Kohleausstieg müsste mit neuen Gaskraftwerken kompensiert werden. Aber wer soll die bauen? Bei den aktuellen Strompreisen rechnen sich gerade Gasanlagen nicht.

95 Die anderen Netzbetreiber halten sich offiziell während der Sondierungsgespräche
zurück. 50Hertz und Tennet lehnten auf Anfrage eine Stellungnahme ab. Hinter
vorgehaltener Hand wurden die Bedenken aber geteilt. Der Kohleausstieg sei zwar
möglich, aber nicht trivial. Entscheidend sei vor allem, wo Kraftwerke abgeschaltet
würden. Im Süden, der mit dem Atomausstieg jetzt schon Probleme hat, den
100 Verbrauch seiner großen Stromverbraucher zu decken, wäre das ein Problem.

Die Bundesnetzagentur will sich derzeit auch aus der Debatte heraushalten. Die
Behörde dürfte bei der Umsetzung ohnehin auf die Sicherheit des Netzes pochen.
Aktuell gibt es 18 alte Kraftwerksblöcke, die die Betreiber gerne abschalten würden.
105 Die Bundesnetzagentur lässt sie aber nicht - weil sie zur Sicherung des Stromnetzes
benötigt werden.

Auch Amprion-Geschäftsführer Kleinekorte will den Kohleausstieg nicht kategorisch
ausschließen, er drängt aber zur nüchternen Analyse: „Das wird Monate in Anspruch
110 nehmen.“

Es reicht auch nicht, dass genügend Strom im Netz ist. Er muss auch an der richtigen
Stelle sein. In der zweiten Januarhälfte war zum Beispiel die Situation in Amprions
Nord-Süd-Leitungen an mehreren Tagen in den Abendstunden extrem angespannt.
115 Insgesamt wurde in Deutschland zwar genügend Strom produziert, aber nur im
Norden. Im Süden war es windstill, dunkel, und zwei Atomkraftwerke waren vom
Netz - eines ungeplant. Gleichzeitig hatten Frankreich, Österreich und die Schweiz
einen enormen Strombedarf. In Frankreich waren Kernkraftwerke reihenweise
ausgefallen. Bei den südlichen Nachbarn waren die Wasserspeicher wegen einer
120 Trockenperiode fast leer.

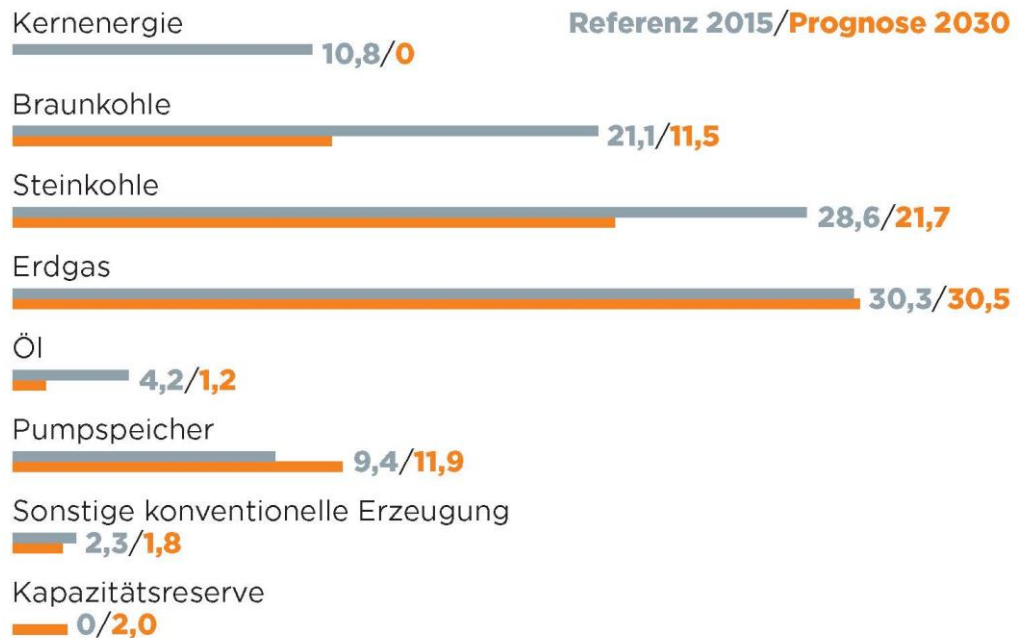
Über die Nord-Süd-Trasse floss so viel Strom, dass der Ausfall einer Leitung nicht
hätte abgefangen werden können. „Es gab Stunden, in denen einzelne Leitungen nicht
mehr unsere Sicherheitsanforderungen erfüllten“, sagt Kleinekorte. „Wäre nur eine
125 Leitung ausgefallen, hätte es eine Kettenreaktion gegeben.“ Einen Blackout
womöglich.

Das war eine extreme Situation - aber damit müssen Netzbetreiber kalkulieren. „Der
vergangene Winter hat uns einen Vorgeschmack auf die Zeit gegeben, wenn weitere
130 gesicherte Kraftwerksleistung in Süddeutschland vom Netz geht“, sagt Kleinekorte.

Quelle: Flauger, J., Handelsblatt, Nr.220, 15.11.2017, 006

Kohleanteil sinkt

Konventionelle Stromerzeugung nach Energieträgern in Gigawatt an installierter Leistung



*Szenario für Netzentwicklungsplan 2017 bis 2030 mit maximaler gesicherter Leistung

HANDELSBLATT

Quelle: Bundesnetzagentur

Handelsblatt Nr. 220 vom 15.11.2017

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Sondierungsgespräche: Knackpunkt Kohle

Es ist einer der kritischsten Punkte bei den Jamaika-Sondierungsverhandlungen: Wie soll Deutschland seine selbst gesteckten Klimaziele erreichen, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden? Die ersten Gespräche liefen laut Teilnehmerangaben äußerst zäh. Wie es mit der Kohleverstromung weitergeht, darüber soll es daher auch weder bei den Expertenrunden am Dienstagabend noch in der Chefrunde am Mittwochmorgen eine finale Einigung geben. Erst am Donnerstag in der Runde der Parteichefs soll entschieden werden.

Die energieintensive Industrie in Deutschland befürchtet schon jetzt harte Einschnitte. In einem Brief, der dem Handelsblatt exklusiv vorliegt, wandten sich die Präsidenten der sechs Mitgliedsverbände der Energieintensiven Industrien in Deutschland, darunter die Branchen Stahl und Chemie, am Dienstag an die Chefs der vier Parteien. Durch den hohen Energiebedarf der Unternehmen in der Produktion habe eine sichere und bezahlbare Energieversorgung besondere Bedeutung, heißt es darin. „Alle Entscheidungen, die zu Energiepreissteigerungen und einer Gefährdung der Versorgungssicherheit führen, haben einen negativen Einfluss auf die energieintensiven Industrien“, warnen die Unterzeichner. „Deshalb dürfen in den Koalitionsvereinbarungen keine Entscheidungen getroffen werden, die sich zulasten des Industriestandortes Deutschland auswirken können.“ Eine wettbewerbsfähige Grundstoffproduktion müsse weiterhin möglich sein.

Laut Aussagen der Teilnehmer an den Sondierungsgesprächen von CDU, CSU, FDP und Grünen herrscht zwar Einigkeit darüber, dass die vereinbarten Klimaziele gelten. Uneinig ist man aber darüber, wie diese Ziele erreicht werden können und wie viele Tonnen CO₂ dazu noch eingespart werden müssen.

Insbesondere bei CDU, CSU und FDP gibt es große Bedenken, dass ein zu schneller Ausstieg aus der Kohleverstromung zu Versorgungsengpässen führen könnte. Die FDP unterstütze die Reduzierung der Kohleverstromung, so Klima-Verhandler Hermann Otto Solms. „Sie ist aber nur so weit möglich, als dass dadurch die Versorgungssicherheit nicht gefährdet ist.“ In dieser Frage gebe es bei den Verhandlungspartnern unterschiedliche Einschätzungen über die Höhe des möglichen Abbaus der Kohleverstromung. Die Grünen wollen bis 2020 20 Kohlekraftwerke abschalten.

Quelle: Gillmann, B, Heide, D., Stratmann, K., Handelsblatt, Nr.220, 15.11.2017, 007

Kohlekraftwerke: Es kommt auf den Weg an

Der Kohleausstieg kommt. Keine Frage. Er muss aber vernünftig organisiert werden, mahnt Jürgen Flauger.

5

Kohlekraftwerke haben in Deutschland langfristig keine Zukunft. Kohle passt nicht zum weltweiten Klimaschutz. Wenn Deutschland die Energiewende konsequent zu Ende denkt, muss es nach dem Atom- auch den Kohleausstieg beschließen.

10 Wer sich in der Energiebranche noch dagegen wehrt, muss in diesen Tagen nur nach Bonn blicken. Dort arbeiten die Vereinten Nationen an einer Verschärfung des weltweiten Klimaschutzes - und dazu passt der Energieträger, der besonders viel des klimaschädlichen CO₂ produziert, einfach nicht.

15 Es geht nur noch um die Art und Weise, wie der Ausstieg organisiert wird. Aber hier wird es knifflig. Es ist nicht trivial, Kohlekraftwerke abzuschalten. Je nachdem wie schnell und wo Anlagen abgeklemmt werden, könnte das die Stromnetze überlasten.

20 Man kann das als Panikmache des Netzbetreibers Amprion abtun. Besser ist es aber, die Warnungen ernst zu nehmen. Das Unternehmen ist einer der vier großen Betreiber, die letztlich dafür verantwortlich sind, dass unser Netz stabil bleibt. Im Gegensatz zu den vielen Politikern und Umweltschützern, die sich zu Wort melden, hat Amprion keine ideologischen Interessen, sondern ist schlicht an einer gesicherten Stromversorgung interessiert, egal, ob die aus einem Kohle- oder einem
25 Wasserkraftwerk stammt. Auch wirtschaftlich kann Amprion das egal sein, weil die Kosten eines Kohleausstiegs vom Stromkunden zu tragen sind.

Der Netzbetreiber schließt auch nicht aus, dass der Kohleausstieg funktionieren kann. Er mahnt nur, die Folgen genau zu analysieren. Denn Amprion weiß, das Netz ist jetzt
30 schon an der Belastungsgrenze. Atomausstieg und Ausbau der erneuerbaren Energien sind schwer zu bewältigen. Es gibt regelmäßig Situation, in denen ein Blackout nur knapp vermieden wird.

35 Deutschland hat den Atomausstieg bewältigt. Deutschland wird auch den Kohleausstieg hinbekommen - er muss nur richtig organisiert werden.

Quelle: Flauger, J., Handelsblatt, Nr.221, 16.11.2017, 027

Klimakonferenz: Alle Augen auf Merkel

Die Welt verhandelt in Bonn über den Klimaschutz. Was die Kanzlerin anbietet, ist vielen nicht genug.

5

Noch bevor die Kanzlerin zur Weltklimakonferenz im eigenen Land anreiste, bekam Angela Merkel (CDU) in Bonn ein wenig schmeichelhaftes Zeugnis verliehen. Als „Fossil of the Day“, als „Fossil des Tages“, wurde Deutschland durch das internationale Klimaschutznetzwerk Climate Action Network ausgezeichnet, weil die
10 Bundesregierung seit Jahren den Klimaschutz im eigenen Land nicht vorantreibt. Mittags, noch vor ihrer Rede vor den Delegierten der Weltklimakonferenz, warnte eine breite Koalition aus Umweltverbänden Merkel und die Sondierungsparteien davor, den klimapolitischen Handlungsbedarf auszusitzen, und forderte ein klares Bekenntnis zum Umbau von Schlüsselsektoren wie Verkehr, Energie und
15 Landwirtschaft.

Die größtenteils technischen Verhandlungen, mit denen die Umsetzung des vor zwei Jahren in Paris vereinbarten Klimaabkommens vorangebracht werden sollen, traten in den Hintergrund. Beherrschendes Thema: die Rolle Deutschlands in den kommenden
20 Jahren. Für unbedingt notwendig halten die Umweltorganisationen einen sozialverträglichen Ausstieg aus der besonders klimaschädlichen Kohle. Mindestens 20 Gigawatt Kraftwerksleistung sollen bis 2020 abgeschaltet werden, eine Agrar- und eine Verkehrswende sollen eingeleitet werden, umweltschädliche Subventionen sollen auslaufen.

25

Der Sprecher des Klimasekretariats der Vereinten Nationen sagte, viele Teilnehmer der Konferenz in Bonn fragten sich, ob es einen Plan gebe, damit Deutschland seine Klimaziele noch erreichen könne. „Die Erwartungen an den Gastgeber Deutschland sind sehr hoch“, berichtete Lutz Weischer, Klimaexperte der
30 Entwicklungsorganisation Germanwatch. Bundespräsident Frank Walter Steinmeier rief zu beherztem Eingreifen auf. „Die Effekte des Klimawandels spüren wir schon heute“, sagte Steinmeier zum Auftakt der bis Freitag dauernden Schlussrunde in Bonn. „Sie mahnen uns alle zur Eile und entschlossenem Handeln.“ Fest stehe, dass an dem historischen Klimaabkommen, das 2015 in Paris vereinbart worden war,
35 festgehalten werden müsse. Auf die schwierige Debatte in Deutschland ging Steinmeier nicht ein.

Merkel kam um das Thema nicht herum. Trotzdem betrat die Kanzlerin freudestrahlend kurz vor 16 Uhr das Plenum, schüttelte Hände, klopfte Schultern,
40 bevor sie ans Pult trat, um ihr Statement zu halten. „Wir stehen vor einer zentralen, wenn nicht der zentralen Herausforderung der Menschheit“, sagte Merkel. „Der Klimawandel ist für unsere Welt eine Schicksalsfrage.“ Sie betonte, Deutschland stehe zum Pariser Klimaabkommen. Damit sei aber die Arbeit erst richtig losgegangen. Der Klimaschutzplan 2050 habe festgelegt, dass bis Mitte des Jahrhunderts weitgehende
45 Treibhausgasneutralität erreicht werde. Diese Strategie sei jetzt mit konkreten Schritten zu unterlegen. „Das ist auch in Deutschland nicht einfach“, sagte die Kanzlerin mit Blick auf die Verhandlungen in Berlin.

50 Einen Durchbruch meldete sie nicht. Sie könne versichern, auch in einem reichen Land wie Deutschland gebe es harte Diskussionen. Aber es gehe um Arbeitsplätze und Bezahlbarkeit. Merkel sagte, die Transformation der Wirtschaft in eine klimafreundliche Zukunft biete große Wachstumschancen. Durch den Klimawandel hervorgerufene Stürme, Überflutungen und mitunter unerträgliche Hitze dürften niemandem egal sein. Sie versprach: „Wir in Deutschland werden uns mühen“, die 55 Erderwärmung zu bremsen, auch wenn es um den richtigen Weg Kontroversen gebe. „Was Merkel auf der Klimakonferenz anbietet, ist alles andere als ein Aufbruch“, kritisierte die Grünen-Politikerin Annalena Baerbock die Aussagen der Kanzlerin. Auch die Weltgemeinschaft beobachtet genau, was in Deutschland passiert - etwa den Stillstand in Bezug auf den Kohleausstieg. Immerhin ist die Verstromung von 60 Braunkohle für einen besonders hohen Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids (CO₂) verantwortlich - und hierzulande stammen noch immer 40 Prozent des produzierten Stroms aus Kohlekraftwerken.

65 Die Folge: Das selbst gesteckte Klimaziel, bis 2020 im Vergleich zu 1990 40 Prozent der CO₂ - Emissionen einzusparen, wird ohne ein erneutes kräftiges Gegensteuern verfehlt. Die Welt erwartet von einem erfolgreichen Industrieland wie Deutschland eine Vorbildfunktion, wurde aber abermals enttäuscht. Schon bei der letzten Klimakonferenz vor einem Jahr im marokkanischen Marrakesch war bemängelt worden, dass Deutschland keinen Plan für den Kohleausstieg hat.

70 Doch droht Deutschland ein Blackout, wenn schnell einige der ineffizientesten Kohlekraftwerke abgeschaltet werden würden? Die Grünen fordern, bis 2020 20 der ältesten und dreckigsten Kohlemeiler vom Netz zu nehmen. Union und FDP lehnten das bislang mit Blick auf die Versorgungssicherheit ab. Umweltorganisationen und 75 Klimaforscher wie Hans Joachim Schellnhuber vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) hatten Bedenken hinsichtlich einer Versorgungslücke zurückgewiesen. Doch die Nervosität bei diesem hochpolitischen Thema ist groß.

80 Für Aufregung sorgte am Mittwoch ein Papier von Bundeswirtschaftsministerium und Bundesnetzagentur, dem zufolge die Versorgungssicherheit gewährleistet bleibe, wenn eine angenommene Kapazität von sieben Gigawatt an Kohlekraftwerken bis 2020 stillgelegt werden würde - auch bei Dunkelflaute, also wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht. Und dies gelte auch, wenn 2022 das letzte Atomkraftwerk in Deutschland abgeschaltet werde. Das Papier sei nicht im Haus und 85 mit der Hausleitung abgestimmt, hieß es auf Nachfrage beim Bundeswirtschaftsministerium.

Auch das Umweltbundesamt schaltete sich angesichts des Streits um einen Kohleausstieg in den Jamaika-Sondierungen in die Debatte ein. Der Vorschlag: 90 kurzfristig mindestens Kapazitäten in Höhe von fünf Gigawatt der ältesten und ineffizientesten Braunkohlekraftwerke stillzulegen. Zusätzlich sollte die Produktion von Kohlekraftwerken gedrosselt werden, die älter als 20 Jahre seien.

95 Der Ruf der Kanzlerin jedenfalls hat erheblich gelitten. „Wir wollen ja gar nicht mehr, als dass sie frühere Zusagen einhält“, sagte der Klimaschutzexperte beim WWF Deutschland, Michael Schäfer. Das gefährdete Klimaschutzziel für 2020 sei von der

schwarz-gelben Regierung formuliert worden, erinnerte Schäfer, und Merkel habe noch kürzlich versprochen, Wege zu finden, das Klimaziel einzuhalten. „Das geht nicht ohne den Kohleausstieg.“

100

„Wir müssen mehr tun“, mahnte Antonio Guterres, Generalsekretär der Vereinten Nationen, am Mittwoch. Denn auf Kurs ist die Staatengemeinschaft noch lange nicht. Statt die Erderwärmung im vorindustriellen Vergleich auf deutlich unter zwei Grad Celsius zu bremsen, steuert die Welt derzeit eher auf drei Grad zu.

105

Quelle: Kersting, S., Handelsblatt, Nr.221, 16.11.2017, 008

Klimaschutz-Index

Basis: **56 Länder** mit dem höchsten CO₂-Ausstoß sowie die EU (Durchschnitt). Grundlage: **Treibhausgasemissionen** (40 %), **erneuerbare Energien, Energieverbrauch** und **Klimaschutzpolitik** (jeweils 20 %)

Rang	Land	Gesamtwertung
4	Schweden	74,32
8	Großbritannien	66,79
12	Schweiz	61,20
15	Frankreich	59,80
16	Italien	59,65
19	Brasilien	57,86
20	Ukraine	57,49
22	Deutschland	56,58
33	Neuseeland	49,57
35	Österreich	49,49
40	Polen	46,53
41	China	45,84
49	Irland	38,74
50	Japan	35,76
51	Kanada	33,98
53	Russland	29,85
56	USA	25,86
57	Australien	25,03

Plätze 1 bis 3 nicht vergeben, da laut Germanwatch kein Land genug für das Klima tut.

Quellen: Germanwatch, NewClimate Institute & Climate Action Network

HANDELSBLATT

Handelsblatt Nr. 221 vom 16.11.2017

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Klimakonferenz: Hohe Erwartungen

Schöne Worte allein helfen dem Umweltschutz nicht auf die Sprünge, meint Silke Kersting.

5

Die Kanzlerin hat sich in eine missliche Lage hineinmanövriert. International hat es Angela Merkel verstanden, dem Klimaschutz Bedeutung zu geben. Wie kaum ein zweiter Politiker von Gewicht stand Merkel, die einst im Kabinett von Helmut Kohl Umweltministerin war, für den Kampf gegen die Erderwärmung. Davon ist auf der diesjährigen Klimakonferenz in Bonn nicht mehr viel zu spüren.

10

Vom Vorreiter zum Schmuttelkind, unter dieser Überschrift lässt sich das Empfinden vieler Teilnehmer über den einstigen Klimapionier zusammenfassen - und das ausgerechnet in dem Jahr, in dem Deutschland als Gastgeberland der Klimakonferenz agiert.

15

Der Unwille oder das Unvermögen Deutschlands, sich beherzt auf einen ambitionierten klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft einzulassen, wird genau registriert. Die klimaschädlichen CO₂-Emissionen sinken nicht, sie steigen. Die Streitereien der Jamaika-Sondierer um den Kohleausstieg werden mit Kopfschütteln, aber auch mit Enttäuschung zur Kenntnis genommen.

20

Denn auch wenn, global gesehen, mit einem deutschen Kohleausstieg die Erderwärmung noch keinesfalls gestoppt wäre, ist die deutsche Vorbildfunktion nicht zu unterschätzen. Weltweit ist die Energiewende nur deshalb so weit gekommen, weil Deutschland über Jahre und trotz hoher Vorlaufkosten unerschütterlich am Umbau des Energiesektors gearbeitet hat. Die Erwartungshaltung ist hoch - doch inzwischen sind andere Länder an Deutschland vorbeigeprescht. Dazu kommt die Schmach durch eine drohende EU-Klage wegen vielfach zu hoher Werte bei giftigem Stickstoffdioxid.

25

30

Der Blick auf Arbeitsplätze und den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit ist wichtig, reicht aber nicht aus, um notwendige klimapolitische Entscheidungen zu verzögern. Eher sollte er dazu anspornen, eine ambitionierte Idee zu entwickeln, wie eine Klimawende in einem Industrieland funktionieren könnte - Verkehr und Landwirtschaft eingeschlossen. Das wäre dann auch eine Chance für ein Jamaika-Bündnis.

35

Quelle: Kersting, S., Handelsblatt, Nr.221, 16.11.2017, 014

Willkommen in der Realität!

Es rächt sich, im Klimaschutz mit illusorischen Zielen voranzugehen, sagt Klaus Stratmann.

5

Es ist ärgerlich bis peinlich, dass es einer Weltklimakonferenz bedarf, die auch noch in Deutschland stattfindet, ehe man hierzulande mit einer ernsthaften Debatte über effizienten Klimaschutz beginnt. Deutschland, allen voran die Klimakanzlerin, steht im Moment ziemlich blamiert da. Niemand mag mehr so recht daran glauben, dass das Land der Vorreiterrolle, die es ja ganz freiwillig selbst gewählt hat, noch gerecht werden kann.

Mittlerweile wissen wir: Es war grob fahrlässig von der schwarz-gelben Koalition, die von 2009 bis 2013 unter Führung von Angela Merkel regierte, die politische Zusage zu machen, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren zu wollen. Diese Bewertung trifft nicht nur rückblickend zu. Schon als das 40-Prozent-Ziel verkündet wurde, wurden Stimmen laut, die vor falschen Versprechungen warnten.

Es erweist sich einmal mehr aufs Neue: Zwischen Symbolpolitik und ökonomischen sowie technisch-physikalischen Realitäten klaffen mitunter Welten. Es ist eben gerade nicht so, dass allein der gute Wille zum Ziel führt. Man sollte erstens vorher Überlegungen anstellen, ob das angepeilte Ziel überhaupt realistisch ist, und zweitens nach geeigneten Instrumenten suchen, um es zu erreichen.

25

In welche Zwangslage uns die - völkerrechtlich übrigens völlig unverbindliche - Proklamation des 40-Prozent-Ziels gebracht hat, wird bei der Debatte über den Kohleausstieg deutlich: In Berlin wird seit Wochen darum gerungen, wann aus der Kohleverstromung ausgestiegen werden muss. Alle Akteure wissen längst, dass die letzte Stunde der Kohle in Deutschland bald geschlagen hat. Gott sei Dank!

Aber jetzt soll das rasche Ende einer ganzen Stafette von Kraftwerken möglichst sofort beschlossen werden. Deutschland manövriert sich ohne Not in eine Lage, in der darüber diskutiert werden muss, ob denn die Versorgungssicherheit bei der Abschaltung einer bestimmten Zahl von Kraftwerken noch gewährleistet ist oder nicht. Die vorhandenen Daten werden dabei von allen Seiten passend gemacht: Umweltschützer halten die Abschaltung einer großen Zahl alter Kraftwerke für unproblematisch, große Stromverbraucher aus der Industrie sehen schon bei einer kleinen Zahl von Stilllegungen die Sicherheit der Versorgung gefährdet. Das Vertrauen in den Standort wird so nicht gesteigert.

Hinzu kommt: Die Debatte fokussiert sich auf den Kohlestrom und damit auf den Energiesektor - warum eigentlich? Die Sektoren Energie und Industrie unterliegen ohnehin den Regeln des Europäischen Emissionshandelssystems (ETS). Das System hat neben vielen Schwächen eine unabweisbare Stärke: Es sorgt dafür, dass die politisch gewollten Emissionsreduktionen in den Bereichen Energie und Industrie mit der Präzision eines Uhrwerks Realität werden. Die Zahl der Emissionszertifikate wird Jahr für Jahr reduziert. Damit ist jetzt schon klar, dass der Energiesektor bis 2030

- 50 seine Ziele erreichen wird. Warum muss auf dem Weg zum Ziel noch ein
Zwischenspurte eingelegt werden, der hierzulande möglicherweise die
Versorgungssicherheit einschränkt? Was bringt der deutsche Sonderweg, wenn für die
von einer Stilllegung betroffenen Kraftwerke keine Emissionszertifikate mehr
gebraucht werden, diese Zertifikate aber anderweitig verbraucht werden?
- 55 Statt die alten Schlachten um Kohlekraftwerke zu schlagen, sollte die Politik ihre
Energie auf stärker zukunftsweisende Dinge richten. Zum Beispiel darauf, wie man
ein praktikables und effizientes Instrumentarium schaffen kann, um den Klimaschutz
voranzutreiben, ohne unnötige Verwerfungen zu erzeugen. Vorschläge liegen auf dem
Tisch. Sie kreisen allesamt um die Idee, Kohlendioxid schrittweise und verlässlich mit
60 einem Preis zu versehen, der in allen Sektoren - von der Landwirtschaft bis zum
Gebäudebereich - zu einem raschen Wechsel hin zu erneuerbaren, nachhaltigen
Technologien führt. Man wünschte sich, dass über diesen Ansatz auch bei den
diversen Berliner Sondierungsrunden für die künftige Regierungskoalition ernsthaft
beraten würde.
- 65 Noch ein Wort zur Vorbildfunktion: Die Vorbildfunktion im Klimaschutz ist ein
teurer Spaß ohne großen Nutzen. Wer auch immer sich für einen Moment mit
Spieltheorie befasst, wird zu dem Ergebnis kommen, dass die „gute Tat“ in
Verhandlungssituationen selten honoriert wird. Einzig Deutschlands Vorpreschen
70 beim Einsatz erneuerbarer Energien hat sich ausgewirkt: Die Stromverbraucher haben
mit Zahlungen in dreistelliger Milliardenhöhe Windrädern und Photovoltaikanlagen
zum weltweiten Durchbruch verholfen. Viele Kritiker sagen, das hätte man auch
deutlich günstiger haben können.
- 75 Deutschland kann seine Vorbildfunktion im Klimaschutz nur weiter verfolgen, wenn
es gleichzeitig ein ökonomisch erfolgreiches Land bleibt. Ziele, deren Erreichung
unwahrscheinlich ist und die nicht mit politischer Entschlossenheit einhergehen, sollte
man sich gar nicht erst setzen. Anderenfalls wird aus dem Vorbild ein abschreckendes
Beispiel.

80

Quelle: Stratmann, K., Handelsblatt, Nr.222, 17.11.2017, 016

Führungsvakuum beim Klimaschutz

Deutschland hat sich auf der Klimakonferenz als Bremser erwiesen. Dabei muss der Umbau der Wirtschaft dringend angegangen werden, meint Silke Kersting.

5

Fast konnte man meinen, die Frage eines deutschen Kohleausstiegs sei die wichtigste während der gesamten Weltklimakonferenz gewesen, die nach zweiwöchigen Verhandlungen am Samstag in Bonn endete. Das hatte im Wesentlichen zwei Gründe: Deutschland stand als Gastgeber der Konferenz unter einer besonderen Beobachtung. Zudem wurde der Gipfel als geeignete Bühne gesehen, um auf die Jamaika-Sondierungspartner in Berlin Druck auszuüben. Als Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in ihrer Rede vor den Delegierten dann auch noch eine klare Aussage darüber vermied, wie die in ihrer Regierungszeit formulierten Klimaziele für 2020 erreicht werden sollen, war es bis zur Deutschland-Schelte nicht mehr weit.

15

Ohnehin bleibt es ein Phänomen: Jahr für Jahr bekennen sich die Staats- und Regierungschefs zur Bedeutung des Klimaschutzes. Wenn es dann aber zum Schwur kommt, ducken sich viele von ihnen weg. Deutschland macht da keine Ausnahme. Das Pariser Klimaabkommen, mit dem die Weltgemeinschaft die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius im Vergleich zu vorindustrieller Zeit begrenzen will, erkennen alle Parteien hierzulande bis auf die Alternative für Deutschland an. Deutschland hat das Abkommen ratifiziert, aber über Mittel und Wege zu mehr Klimaschutz werden erbitterte Auseinandersetzungen geführt, Lösungen hin zu einer klimafreundlichen Wirtschaft und Gesellschaft werden auf diese Weise immer wieder verschleppt.

25

Schon im vergangenen Jahr wurde über den Klimaschutzplan 2050 der scheidenden Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) monatelang gestritten. Dabei sind die Umsetzungsdefizite eklatant, die Emissionen seit mehreren Jahren nicht gesunken. Auch wenn sich Deutschland in guter Gesellschaft befindet, weil die Emissionen 2017 weltweit steigen werden, muss an eine entscheidende Tatsache erinnert werden: Spätestens seit der Unterschrift unter das Paris-Abkommen 2015 ist das Reduzieren von CO₂ Pflicht. Mehr als ein Grad hat die globale Mitteltemperatur schon zugelegt. Weltweit nehmen unberechenbare Stürme, Starkregen, Fluten und Dürren zu. Das zeigt die Dringlichkeit.

35

Der Klimawandel sei eine Schicksalsfrage, sagte die Kanzlerin in Bonn, und die Menschheit stehe vor einer, wenn nicht sogar der zentralen Herausforderung. Wenn sie das so sieht, dann vernachlässigt sie das Thema sträflich. Jahrelang hat sich die gesamte Debatte über den Klimaschutz auf den Stromsektor konzentriert. Dort fanden die meisten Veränderungen statt. Dass jetzt der Kohleausstieg in den Fokus rückt, verwundert nicht. Denn Braunkohle ist bei Weitem der schmutzigste fossile Brennstoff. Die Abschaltung ineffizienter Meiler wäre zudem schneller und einfacher zu bewerkstelligen, als auch notwendige Veränderungen im Verkehrs- und Gebäudebereich herbeizuführen. Was das für die Versorgungssicherheit, die Unternehmen und die in der Branche arbeitenden Menschen bedeutet, darüber hätte seit Monaten eine Übereinkunft hergestellt und ein Plan entwickelt werden können.

45

50 Es wird Zeit, den Klimaschutz als Chance und nicht als Last zu sehen - was übrigens
schon viele Unternehmen tun. Kaum ein Thema wird in den nächsten Jahren eine so
bedeutende Rolle spielen wie die Klimapolitik. Weltweit. Es geht um Kohle, es geht
um Sonnen- und Windenergie, aber auch darum, wie und wo wir bauen, wie wir
heizen, uns fortbewegen, Landwirtschaft betreiben. Das fossile Zeitalter muss enden,
um den menschengemachten Klimawandel aufzuhalten. Vor diesem Hintergrund
55 steht der einstige Klimapionier Deutschland derzeit als Bremser da - er hofft, dass das
Bekenntnis, auch in einem reichen Land sei Klimaschutz nicht einfach, schon
irgendwie auf Verständnis stoßen wird. Doch das reicht nicht. Schon im nächsten
Jahr, das wurde in Bonn vereinbart, soll es eine Bestandsaufnahme geben, was die
Industrieländer bis 2020 beim Klimaschutz zu tun gedenken - Entwicklungs- und
60 Schwellenländer sind misstrauisch geworden.

Jenseits der deutschen Kohle ging es auf dem Gipfel nur schleppend voran.
Befürchtungen, die USA könnten die Verhandlungen blockieren, bewahrheiteten sich
nicht. Doch gab es ein Führungsvakuum, das nicht von Deutschland, nicht von der
65 Europäischen Union oder von China als dem weltgrößten Emittenten von CO₂ gefüllt
wurde. Abgearbeitet wurde ein Pflichtprogramm. Hinter den Kulissen kochten seit
Paris überwunden geglaubte Debatten erneut hoch: über die unterschiedliche
Verantwortung von Industriestaaten sowie Entwicklungs- und Schwellenländern. An
Mahnungen mangelte es nicht in Bonn, doch ein ähnlicher Enthusiasmus wie vor zwei
70 Jahren in Paris war nicht zu spüren. Ein gefährlicher Kurs: Bislang reicht das
Engagement weltweit nicht aus, um das Paris-Ziel zu erreichen. 2018 zieht die
internationale Klimadiplomatie nach Polen weiter - und damit in ein Land, das bislang
nicht viel für Klimaschutz übrig hatte. Die Debatte vereinfacht das nicht.

75 *Quelle: Kersting, S., Handelsblatt, Nr.223, 20.11.2017, 014*

Online-Marktplatz für Energie: Von Mensch zu Mensch

Angriff im Strommarkt: Ein Newcomer will Versorger überflüssig machen.

- 5 Ingo Lange hat das Umweltbewusstsein quasi geerbt. Sein Vater baute vor zwanzig Jahren eine erste Windkraftanlage. Heute erzeugt der 40-Jährige selbst mit drei 70 Meter hohen Windrädern in Kempen am Niederrhein pro Jahr rund vier Millionen Kilowattstunden grünen Strom - und das aus voller Überzeugung: „Der Wind ist eine reine, klare Energie und gibt uns Energie für die Zukunft“, sagt der Windmüller.
- 10 Den großen Stromproduzenten wie der RWE AG, die nur 50 Kilometer entfernt Braunkohle fördert, will er jedenfalls nicht das Feld überlassen. „Keine Autostunde von hier ist Garzweiler - und jeder, der das schon gesehen hat, weiß, dass das nicht der richtige Weg ist.“
- 15 Jetzt will Lange die angestammten Energieunternehmen noch mehr ärgern. Er will seinen Strom nicht mehr anonym ins Netz einspeisen, sondern direkt an private Kunden verkaufen. Und das kann er ab sofort auch: Seit Donnerstag ist der neue Onlinemarktplatz Enyway am Start, auf dem sich auch Lange präsentiert.
- 20 Enyway-Gründer und -Chef Heiko von Tschischwitz geht mit einer Kampfansage in den Markt: „Wir machen die klassischen Versorger überflüssig“, kündigt er im Gespräch mit dem Handelsblatt an: „Strom wird von Menschen erzeugt und direkt an andere Menschen verkauft.“
- 25 Bisher haben Betreiber von Wind- und Solaranlagen ihren Strom anonym ins Netz eingespeist und allenfalls an Großhändler verkauft - um den Vertrieb an Endkunden kümmerten sich die Vertriebsgesellschaften der Energiekonzerne und Stadtwerke oder spezielle Billiganbieter.
- 30 Über Enyway schließen die Produzenten direkt Verträge mit den Haushalten ab. Sie schildern, wie und warum sie grünen Strom produzieren, und legen selbst den Preis fest. Enyway kümmert sich um Formalitäten bei Behörden und Netzbetreibern, Kundenservice und Abrechnung - und stellt sicher, dass die Verbraucher immer Strom bekommen. Kann der Produzent nicht liefern, wird Ökostrom am Markt dazugekauft.
- 35 Ob das Geschäftsmodell wirklich etwas „Revolutionäres“ ist, wie von Tschischwitz verspricht, bleibt abzuwarten. Innerhalb eines Jahres will er mindestens „eine mittlere fünfstellige Zahl“ an Verträgen vermitteln.
- 40 Der Energiemarkt an sich steht aber, darin sind sich alle Experten einig, tatsächlich vor der nächsten Revolution. Nach der Energiewende, die die Stromproduktion grün und kleinteilig gemacht hat, wird jetzt die Digitalisierung den Markt aufmischen. Über das Internet werden ganz neue Geschäftsmodelle entstehen. Energiekonzerne und
- 45 Stadtwerke müssen sich auf komplett neue Wettbewerber einstellen.
- „Das Wettrennen um energienahe Plattformen ist eröffnet“, meint Tobias Gehlhaar, der bei Accenture den Bereich Energiewirtschaft leitet.

50 In der Stromerzeugung hat die Branche schon die erste Revolution hinter sich. Vor 20
Jahren gab es nur rund 500 Stromproduzenten. Damals wurde Strom vor allem von
großen Kraftwerken erzeugt. Mit der Energiewende wurde die Stromproduktion aber
nicht nur grün, sondern auch dezentral. Selbst private Haushalte speisen über
55 Solardächer Strom ins Netz ein. Insgesamt gibt es heute fast zwei Millionen
Stromproduzenten, darunter auch Tausende Landwirte und Gewerbetreibende, die
große Solaranlagen oder gleich mehrere Windräder besitzen.

Denen will von Tschischwitz einen neuen Vertriebskanal bieten. Die Branche sollte
den Vorstoß ernst nehmen. Schließlich hat der 49-Jährige den Markt schon einmal
60 aufgemischt. Von Tschischwitz war 1999 einer der Ersten, die versuchten, im gerade
liberalisierten Markt Fuß zu fassen. Und sein Unternehmen Lichtblick setzte sich
durch. Es ist heute mit 650 000 Kunden der größte unabhängige Ökostromanbieter.

Das neue Unternehmen soll aber völlig selbstständig agieren - und wurde abgespalten.
65 Von Tschischwitz bleibt zwar Lichtblick-Aktionär, gab die Führung aber an seinen
langen Weggefährten Wilfried Gillrath ab.

Enyway hat auch schlagkräftige Partner wie den norwegischen Statkraft-Konzern.
Der besorgt als Großhändler den Ökostrom, mit dem Lücken zwischen Angebot und
70 Nachfrage geschlossen werden.

Den Verbrauchern verspricht Enyway kurze Kündigungsfristen und
wettbewerbsfähige Preise, weil die Verwaltungskosten der Versorger wegfallen.
Tatsächlich liegen die Preise in der Regel unter den Angeboten der jeweiligen
75 Stadtwerke. Vor allem aber setzt von Tschischwitz auf das Ökobewusstsein der
Kunden.

Den Anbietern verspricht er eine auskömmliche Marge. Wer bisher seinen Strom
direkt, aber anonym über den Großhandel vermarktete, konnte je Kilowattstunde 0,4
80 Cent erwirtschaften, die mit dem Großhändler geteilt wurden. Jetzt verspricht von
Tschischwitz „Zusatzerträge in mindestens gleicher Größenordnung“. Enyway bietet
den Produzenten Dienstleistungen wie Kundenservice gegen Gebühr an und legt die
Kosten für Plattform und Werbung auf die Kunden um. Die monatliche Gebühr
beträgt 3,99 Euro, fällt aber weg, wenn sie weitere Kunden werben.

85 Enyway könnte als „Airbnb für erneuerbare Energien“ insbesondere eine junge
Zielgruppe ansprechen, glaubt Energieexperte Gehlhaar. Die Plattform werde zwar
„ein Nischenangebot“ bleiben. Aber: „Mit guten Aussichten, wenn sie konsequent
geführt, erfolgreich beworben und im Markt platziert wird.“

90 Die Kommunalversorger schauen nicht tatenlos zu. Die Wuppertal Stadtwerke
(WSW) wollen nach Informationen des Handelsblatts am Montag mit einem eigenen
Blockchain-Marktplatz kontern - nach eigenen Angaben als „weltweit erster
kommunaler Energieversorger“. Auf dem Handelsplatz „Tal.Markt“ können Kunden
95 ebenfalls ihren Strom bei lokalen Ökostromanbietern erwerben und ihren Energiemix
zusammenstellen. Die Wuppertaler Stadtwerke stellen als Betreiber der Plattform

sicher, dass der Handel fälschungssicher läuft und keine Kilowattstunde Solar- oder Windstrom doppelt verkauft wird. Auch der Kommunalversorger hat einen Energiehändler als Partner, Axpo aus der Schweiz.

100

Die Kunden sollen eigenständig und mit Herkunftsnachweis ihren Stromerzeuger auswählen können. Bei den Produzenten zielt der Vorsitzende der Wuppertaler Stadtwerke, Andreas Feicht, vor allem auf Betreiber, deren Anlagen bald aus der Förderung fallen: „Über unseren Marktplatz können Betreiber von Wind- und Solaranlagen in Zukunft ihren Strom direkt und kostendeckend vermarkten - ganz ohne Förderung.“

105

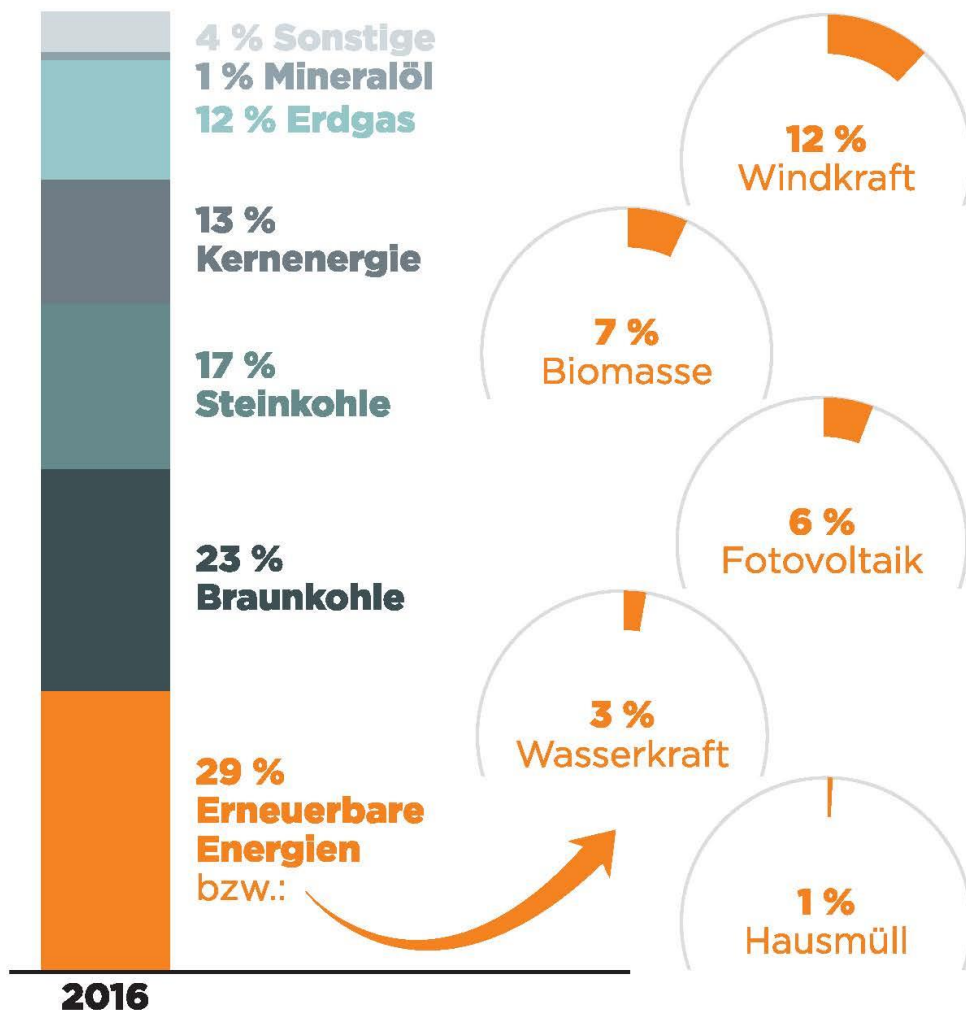
Wie von Tschischwitz ist auch Feicht überzeugt: „Das Konzept kann den Stromvertrieb revolutionieren.“

110

Quelle: Flauger, J., Handelsblatt, Nr.222, 17.11.2017, 026

Energiemix in Deutschland

Bruttostromerzeugung nach Energieträgern



HANDELSBLATT // Rundungsdifferenz; Stand: 31.3.2017 // **Quelle:** BMWi

Handelsblatt Nr. 222 vom 17.11.2017

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Heiko von Tschischwitz: „Wir sind eine Art Airbnb der Energiewirtschaft“

5 *Der Geschäftsführer von Enyway erklärt, wie er Stadtwerke und Energiekonzerne mit seinem Marktplatz überflüssig machen will.*

Herr von Tschischwitz, Sie gehen mit einem neuen Unternehmen an den Start - und versprechen ein revolutionäres Geschäftsmodell. Das ist doch etwas dick aufgetragen, oder?

10 Nein, wir machen wirklich etwas Revolutionäres. Wir machen die klassischen Versorger überflüssig.

Das ist immer noch dick aufgetragen. Wie soll das gelingen?

15 Zum ersten Mal stellen wir den Menschen komplett in den Mittelpunkt der Energieversorgung. In der Stromerzeugung ist das schon der Fall. Vor 20 Jahren gab es rund 500 große Kraftwerke, die allesamt von Unternehmen betrieben wurden. Heute gibt es 1,9 Millionen Stromproduzenten, darunter viele Privatpersonen, die Windräder oder Solardächer betreiben. Die machen wir jetzt auch zu Versorgern, die ihren Strom direkt an private Kunden liefern.

20

Und wie soll das in der Realität funktionieren?

25 Enyway ist praktisch eine Art „Airbnb der Energiewirtschaft“. Wir bieten einen Marktplatz, auf dem die Anlagenbetreiber sich persönlich präsentieren und Verträge mit Endkunden abschließen können. Wir vermitteln das und erledigen die Formalitäten. Jeder Kunde weiß, wer seinen Strom produziert und wem er sein Geld überweist.

Stadtwerke und Energiekonzerne braucht man nicht mehr?

30 Nein, die braucht man nicht mehr. Strom wird von Menschen erzeugt und direkt an andere Menschen verkauft. Was bleibt, ist der Netzbetrieb.

Das kann jeder machen - auch, wenn er nur ein kleines Solardach hat?

35 Prinzipiell ja. Wir haben einen ganz kleinen privaten Stromproduzenten mit einem Vier-Kilowatt-Solardach auch zum Start dabei. Aber es gibt schon eine Hürde. Die Anlage muss für die Direktvermarktung vorbereitet und vom Netzbetreiber steuerbar sein. Das kostet maximal 2 000 bis 3 000 Euro. Ehrlicherweise lohnt sich das wirtschaftlich erst ab einer bestimmten Größe, etwa ab einer Leistung von 50 Kilowatt. Trotzdem ist das Interesse selbst bei den Privatpersonen groß, weil sie oft nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus ideellen Gründen zum Verkäufer werden möchten.

40

Es ist aber auch finanziell reizvoll?

Definitiv ja. Wenn man direkt an den Kunden liefert, sind die Erlöse höher.

45 *Das ist reizvoller als die feste Einspeisevergütung?*

Ja. Zudem fallen ja nach und nach Anlagen aus der EEG-Förderung. Enyway bietet den Betreibern damit eine attraktive Vermarktungsform für die Zeit nach dem Auslaufen der Förderung.

Und der Verbraucher bekommt immer genauso viel Strom, wie er haben will?

- 50 Ja, was der Anlagenbetreiber nicht produziert, wird über Ökostrom ausgeglichen, den wir vermitteln. Und es muss in Deutschland ja ohnehin niemand Angst haben, dass er ohne Strom dasteht. Bei Problemen wird er letztlich vom Grundversorger beliefert.

Wen wollen Sie ansprechen?

- 55 Es gibt auch bei den Stromkunden zunehmend Menschen, die wissen wollen, woher ihr Strom kommt und was mit ihrem Geld passiert. Das Vertrauen in Konzerne und Stadtwerke ist nicht hoch. Bei uns präsentieren sich die Betreiber ganz persönlich.

Und dafür bezahlt der Kunde dann einen hohen Strompreis?

- 60 Nein, die Preise sind absolut wettbewerbsfähig und in der Regel niedriger als die vom örtlichen Versorger. Wir sparen ja die Verwaltungskosten der Vertriebsabteilungen.

Mit wie vielen Kunden kalkulieren Sie?

- 65 Innerhalb eines Jahres wollen wir schon eine mittlere fünfstellige Zahl an Verträgen vermittelt haben. Das kann aber auch schnell sechsstellig sein. Ich glaube, dass wir einen Nerv treffen.

Quelle: Flauger, J., Handelsblatt, Nr.222, 17.11.2017, 027

Rohstoffe: Ölk Aktien droht eine unsichere Zukunft

Norwegens Staatsfonds will die Papiere reduzieren. Fallende Kurse drohen.

5 Es klingt ein bisschen wie die Ironie des Schicksals: Der norwegische Ölfonds will sich von Öl- und Gasaktien trennen. Der 8 300 Milliarden Kronen schwere Staatsfonds - umgerechnet rund 860 Milliarden Euro wert - will seine Anteile an den Konzernen reduzieren, kündigte der stellvertretende Zentralbankchef Norwegens, Egil Matsen, an. „Damit möchten wir unsere Abhängigkeit von Schwankungen beim
10 Ölpreis mindern“, erklärte er. Der Fonds wurde 1996 eingerichtet, um den norwegischen Wohlfahrtsstaat auch nach dem Versiegen der Öl- und Gasquellen finanzieren zu können. Papiere von Öl- und Gasunternehmen machen zwar nur 30 Milliarden Euro oder rund sechs Prozent seines Aktienportfolios aus. Das reicht jedoch schon aus, um den Staatsfonds bei einer Reihe von Konzernen zum
15 Großaktionär zu machen. Entsprechend angeschlagen reagierten die Aktien von Ölkonzernen wie Shell, BP oder Exxon. Ihre Kurse sackten ab, nachdem die Pläne bekannt wurden.

Die Nervosität kommt nicht von ungefähr. In Zeiten des Klimawandels überdenken
20 Investoren und Fondshäuser ihre Investments in Öl- und Gaskonzerne. Ausgerechnet jetzt prescht der Ölstaat Norwegen mit einer Ankündigung zum Ölk Aktien-Ausstieg vor. Der Druck auf die Ölbranche steigt. Das zeigen auch die Reaktionen weiterer Investmenthäuser. Ingo Speich, Portfoliomanager bei der Fondsgesellschaft Union Investment, erklärte: „Bei Ölunternehmen üben wir als aktiver Aktionär Druck aus,
25 um die Transformationsprozesse zu beschleunigen.“ Als Investor fordere Union Investment ein, dass die Geschäftsmodelle der Ölkonzerne nachhaltiger gestaltet werden. Mit einer unmittelbaren Reaktion auf die norwegische Ankündigung ist von Union Investment wohl nicht zu rechnen. Speich betonte aber: „Schwarze Schafe, die sich nicht bewegen wollen“, könnten aus dem „Investmentuniversum“ ausgeschlossen
30 werden.

Der schwedische Pensionsfonds SPP begrüßt die Pläne seiner Nachbarn. Es sei ein logischer Schritt für ein Land, dessen Wirtschaft ohnehin überproportional von den Öleinnahmen abhängt, erklärte eine Sprecherin. Außerdem strebe der Ölfonds
35 genauso wie SPP eine nachhaltige, CO₂ - freie Zukunft an. „Deshalb ist es ein wichtiges Signal“, fügte sie hinzu. Dass Investoren die Geduld mit Ölmultis bislang noch nicht gänzlich verloren haben, dürfte auch mit einer Kennziffer zu tun haben: der Dividendenrendite. Sie gibt gewissermaßen die Verzinsung einer Aktie an. Von Investoren und Analysten wird sie immer wieder als Vorteil bei Ölk Aktien angeführt.
40 Kein Wunder: Während die Dividendenrendite beim MSCI World im Schnitt bei 2,4 Prozent liegt, kommen BP oder Shell auf 6,3 Prozent.

Nicht außer Acht lassen sollten Anleger jedoch die Volatilität, auf die sich die Norweger nun ebenfalls berufen: Mit den Ölpreisen fielen nach 2014 auch die
45 Aktienkurse der großen Förderunternehmen - ein Schock, von dem sich die meisten Werte bis heute nicht erholt haben. Belastend wirken auch die großen Themen Elektromobilität und Energieeffizienz, die die Zukunft von Ölkonzernen infrage stellen.

50 Im Jahr 2015 rief der britische Zentralbankchef Mark Carney, der zugleich
Vorsitzender des Regulationsgremiums „Financial Stability Board“ ist, eine
Sonderkommission zu Klimarisiken in der Finanzbranche ins Leben. Sie beschäftigt
sich mit der Frage, ob in Energieunternehmen wegen des Klimawandels systemische
Risiken schlummern. Carney warnte, dass ein Großteil der fossilen Energieträger im
65 Boden bleiben müsse, wenn die Welt die Erderwärmung bis ins Jahr 2100 auf zwei
Grad begrenzen möchte. Die Folge: Ölkonzerne müssten daher kritischer betrachtet
werden als bisher. „Eine völlige Neubewertung, vor allem wenn sie abrupt käme, hätte
das Potenzial, die Märkte zu destabilisieren“, fügte Carney hinzu. In diesem Jahr legte
die Sonderkommission eine Reihe von Empfehlungen mitsamt einer Liste von mehr
als 100 Unterstützern vor. Darunter befinden sich die Chefs großer Konzerne wie
60 Oliver Bäte (Allianz), Sergio Ermotti (UBS) oder Peter Harrison (Schroders). Der
Report empfiehlt zwar nur auf freiwilliger Basis, die klimabezogenen finanziellen
Risiken in den Bilanzen auszuweisen. Er sendet zugleich aber auch ein starkes Signal
an die Produzenten fossiler Energien: „Wir haben euch im Visier.“ Vorsorglich traten
auch einige Rohstoffkonzerne wie BHP Billiton, Shell oder Eni den Reihen der
65 Unterstützer bei, um ihre guten Absichten zu unterstreichen.

Ölkonzerne mühen sich, ihr Image aufzupolieren - sei es über Investitionen in
erneuerbare Energien, wie es BP oder Statoil vormachen, oder indem sie wie Total auf
Gas und dessen Ruf als klimafreundlichster aller fossilen Brennstoffe setzen.
70 Trotzdem stellt sich die Frage, ob Ölkonzerne nicht bald das Schicksal der
Kohleunternehmen ereilt: Diese werden schon länger von Investoren gemieden. Der
norwegische Ölfonds, Allianz oder Union Investment verzichten auf Investments in
Unternehmen, die mehr als 30 Prozent ihres Umsatzes mit Kohleabbau erzielen.

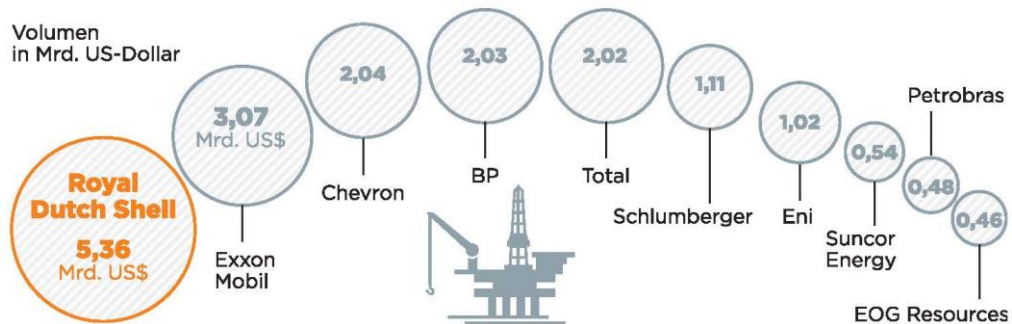
75 Mit einem abrupten Ausverkauf bei Ölk Aktien rechnet Hanns Koenig, Analyst vom
Energieberatungsunternehmen Aurora Energy Research, zwar nicht: „Es dürften sich
ohne Probleme andere Investoren finden, die die Aktienpakete kaufen.“ Dennoch
dürfe man den Effekt nicht unterschätzen: Sollten sich andere Großanleger ebenfalls
dazu entscheiden, ihre Öl- und Gasaktien abzustoßen, könnte dies „langfristig schon
80 einen realen finanziellen Einfluss haben.“ Vor einem Monat sagte bereits die
französische Großbank BNP Paribas dem Schieferöl Adieu. Sie will künftig keine
Geschäfte mehr mit Unternehmen unterhalten, deren Kerngeschäft in der Schieferöl-
und Schiefergasindustrie sowie den Teersanden angesiedelt ist. Schon im vergangenen
Jahr gab der Rockefeller Family Fund, eine Stiftung des einstigen Pioniers der
85 Ölindustrie, John D. Rockefeller, bekannt, seine Investments aus Ölunternehmen
abzuziehen. Noch ist nicht ganz klar, ob sich der norwegische Ölfonds tatsächlich von
seinen Ölk Aktien trennt. Darüber muss letztlich das Parlament abstimmen, was wohl
frühestens im kommenden Herbst geschehen wird. Eine Debatte in Investorenkreisen
haben sie heute schon angestoßen.

90

Quelle: Steuer, H./Streit, M., Handelsblatt, Nr.223, 20.11.2017, 036

Viel Geld investiert

Aktieninvestments des Norwegischen Staatsfonds in Öl- und Gaskonzerne



HADELSBLATT // Stand: 31.12.2016
Handelsblatt Nr. 223 vom 20.11.2017
© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Quelle: The Government Pension Fund Global (Staatsfond Norwegen)

Wirtschaftsfaktor Klimaschutz

Ökonomie und Ökologie lassen sich in der Klimapolitik versöhnen, meint Michael Otto.

5

Unsere Zeit ist geprägt von zunehmend en Umweltkatastrophen, Überschwemmungen und Dürren. Auch wenn wir in Deutschland nur zwei Prozent des globalen CO₂ - Ausstoßes verursachen und von den unmittelbaren Auswirkungen des Klimawandels noch vergleichsweise wenig betroffen sind, so zeichnet sich doch ab, dass wir seine Auswirkungen in naher Zukunft zu spüren bekommen werden. Denn neue Flüchtlingsbewegungen mit dem Klimawandel als eine der Ursachen sind bereits heute erkennbar. Der Klimawandel gefährdet mithin nicht nur die wirtschaftliche Stabilität und Sicherheit der Länder über nationale Grenzen hinweg, er stört auch den Frieden und die Stabilität unserer Weltgemeinschaft und ist an jedem Ort eine Bedrohung für unsere Existenz. Klimaschutz ist deshalb bei Weitem nicht nur eine moralische Frage. Er ist eine Frage globaler Solidarität. Und: Er ist ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor.

Für die avisierte Jamaika-Koalition von Union, FDP und Grünen gilt die Klima- und Energiepolitik als einer der zentralen Knackpunkte der Regierungsbildung. Dabei könnte gerade der Klimaschutz für Deutschland und die EU zu einem bedeutenden Job- und Innovationsmotor werden. Eine konservativ-liberal-ökologische Bundesregierung sollte den Klimaschutz deshalb zu einem ihrer zentralen Projekte machen, in dem sich alle Koalitionspartner wiederfinden: für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, zur Vermeidung weiterer Fluchtbewegungen aufgrund globaler Klimaschäden, aber auch, um die wirtschaftlichen Chancen des Innovationsmotors Klimaschutz zu nutzen und die Potenziale der Digitalisierung zu heben. Auf die neue Bundesregierung kommt in der kommenden Legislaturperiode deshalb einiges zu. Es geht darum, durch ambitionierten Klimaschutz die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft zu sichern, und es geht darum, deutlich zu machen, dass Deutschland zu seinen Klimazielen steht. Wollen wir hiernicht Oberlehrer, sondern Vorreiter sein, so müssen wir einen deutlichen Strukturwandel in unserem Land vorantreiben. Nur so können wir dies auch mit Nachdruck von anderen einfordern.

35

Konsequente Schritte zur Klimawende im Verkehr, in der Energieversorgung, der Industrie, der Landwirtschaft und im Gebäudebereich müssen dazu eingeleitet werden. Zudem geht es um den systematischen Ausstieg aus der Kohleförderung. Das ist unpopulär, denn Kohle ist zum einen billig, und ein konsequenter Ausstieg kostet in Deutschland zahlreiche Arbeitsplätze. Zur Kostenwahrheit gehört aber auch: Die Braunkohle verursacht mit 23 Prozent am deutschen Strommix insgesamt 21 Prozent des gesamten deutschen CO₂ - Ausstoßes. Ihr Einsatz hat zahlreiche krankheitsverursachende Auswirkungen, ihre Förderung wird durch Sonderregelungen subventioniert. Das schadet nicht nur dem Klima, sondern auch unserer Volkswirtschaft. Und: Bereits heute haben wir im Bereich der erneuerbaren Energien 17-mal mehr Arbeitsplätze als im Bereich der fossilen Energien. Tendenz steigend. In einer konsequenten Energiewende liegt deshalb eine große Chance für unser Land.

45

50 Meines Erachtens sollte Klimaschutz da, wo es geht, mit marktwirtschaftlichen
Instrumenten vorangetrieben werden. Der derzeitige Emissionshandel mag zwar rein
technisch funktionieren, er verfehlt in seiner Art und Weise aber die
investitionsrelevante Lenkungsfunktion. Ich halte deshalb einen klaren Weg zum
Ausstieg aus der Kohleverstromung für notwendig.

55 Dazu sollten alle betroffenen Akteure an einen Tisch geholt werden - einschließlich
Gewerkschaften und Vertretern der betroffenen Regionen. Denn ein Kohlekonsens
muss nicht nur den Klimazielen dienen, er muss auch sozialverträglich ausgestaltet
sein. Zudem brauchen wir einen Abbau der klimaschädlichen Subventionen und einen
funktionierenden EU-Emissionshandel oder eine an den EU-Emissionshandel
60 gekoppelte CO₂ - Bepreisung, z. B. eine CO₂ - Abgabe. Dabei muss man eine
differenzierte Behandlung von energieintensiven Industriebereichen berücksichtigen.
Das könnte die Planungssicherheit schaffen, die vielen Investoren derzeit fehlt. Im
Gegenzug könnte die Stromsteuer gestrichen werden. Einen guten Teil der
zusätzlichen Einnahmen aus einer CO₂ - Bepreisung könnte man darüber hinaus in
65 eine klimaschonende Innovations- und Investitionsförderung stecken - und so die
Zukunftsfähigkeit der eigenen Wirtschaft fördern.

Der Klimaschutz ist eine große Chance zur Modernisierung unserer Wirtschaft und
unseres Landes. 58 Prozent der Deutschen wollen jüngsten Umfragen zufolge, dass
70 Deutschland im Klimaschutz eine Vorreiterrolle übernimmt. Die Jamaika-Koalitionäre
sollten diesen Rückenwind in den anstehenden Koalitionsverhandlungen nutzen, um
frischen Wind für einen ambitionierten und wirkungsvollen Klimaschutz in die Politik
zu bringen. Deutschland allein kann das Klima nicht retten. Das stimmt. Aber
Deutschland kann sich als Vorreiter aufmachen und so glaubwürdig internationale
75 Koalitionen für den Klimaschutz schmieden. Dafür aber müssen die Hausaufgaben auf
nationaler Ebene überzeugend gemacht werden.

Der Autor ist Aufsichtsratschef der Otto-Group. Sie erreichen ihn unter:
gastautor@handelsblatt.com

80

Quelle: Otto, M., Handelsblatt, Nr.223, 20.11.2017, 048

„Die Kohle hat keine Zukunft mehr“

5 *Der Direktor der Internationalen Energieagentur über den Kohleausstieg, die Zukunft des Verbrennungsmotors, den Emissionshandel und die Rolle von Erdgas zur Senkung von Kohlendioxidemissionen.*

Der November hält Jahr für Jahr einen Termin bereit, auf den Energieminister, Ölmanager, Erneuerbare-Energien-Branche und Klimaschützer in aller Welt schauen: die Präsentation des „World Energy Outlook“ (WEO). Seit vielen Jahren ist es Fatih Birol, der den Bericht vorstellt. Der Direktor der Internationalen Energieagentur (IEA) ist weltweit gefragter Redner und Berater. In der vergangenen Woche präsentierte er die neueste Ausgabe des WEO. Eine der Kernaussagen: Die Elektromobilität nimmt Fahrt auf, ein Nachruf auf den Verbrennungsmotor ist aber verfrüht. Außerdem wird in der neuesten Ausgabe des Reports die wachsende Bedeutung von Erdgas betont.

15 *Herr Birol, werden Kohlekraftwerke in Deutschland und im Rest Europas in den kommenden Jahren noch eine nennenswerte Rolle spielen?*

Insgesamt beobachten wir, dass der globale Kohleverbrauch stagniert oder zurückgeht. Allerdings schwankt das von Land zu Land sehr stark. Jedes Land verfolgt seine eigene Kohlepolitik. In Zukunft wird es die Kohlebranche immer schwerer haben, daran gibt es wenig Zweifel. Das liegt einerseits an der Regulierung aus Klimaschutzgründen, andererseits daran, dass die Stromproduktion aus erneuerbaren Quellen immer billiger wird. Sonnenstrom wird in einigen Regionen schon bald die günstigste Art sein, Strom zu produzieren. Das macht die Kohleverstromung zunehmend unattraktiv.

Wann wird das Ende der Kohle gekommen sein?

Das lässt sich nicht sicher sagen. Der Trend ist aber ziemlich eindeutig. Wenn die Branche keine Lösung für das CO₂ - Problem findet, etwa durch das Abscheiden und Speichern von CO₂, hat sie langfristig keine große Zukunft mehr.

Muss Deutschland seine Bemühungen für einen Kohleausstieg verstärken?

Das muss jedes Land für sich allein entscheiden. Wichtig ist, dass jedes Land die Klimaziele erreicht, zu deren Erfüllung es sich verpflichtet hat. Auf welchem Weg das Ziel erreicht wird, ist nicht von zentraler Bedeutung. Das muss nicht durch einen Kohleausstieg geschehen. Der Stromsektor stellt aber in der Regel einen sehr kostengünstigen Pfad zur Erreichung von Klimaszutzzielen dar. In anderen Sektoren ist es meist wesentlich aufwendiger, die Ziele zu erreichen

40 *Birgt ein schneller Kohleausstieg für ein hochindustrialisiertes Land wie Deutschland nicht Risiken, etwa mit Blick auf die Versorgungssicherheit?*

Natürlich muss man das Thema Versorgungssicherheit sehr ernst nehmen. Deutschland spielt auf der Welt eine führende Rolle im Kampf gegen den Klimawandel. Die nächste Bundesregierung wird sich entscheiden müssen, welche Klimaschutzziele sie erreichen will und auf welchem Wege das geschehen soll. Keine Regierung kann es sich erlauben, die Versorgungssicherheit bei solchen Überlegungen außer Acht zu lassen.

Was bedeutet ein Kohleausstieg für die Energiepreise?

50 Das ist stark davon abhängig, in welchen Schritten die Politik die Entwicklung vorantreibt. Grundsätzlich kann ein Ausstieg aus der Kohle in Fällen, wo es keine kostengünstigen Alternativen gibt, natürlich zu steigenden Preisen führen.

Für wie lange brauchen wir Kohlekraftwerke als Back-up-Kapazität?

55 Die erneuerbaren Energien, insbesondere Wind und Sonne, werden weiter stark wachsen. Natürlich benötigt man für Zeiten ohne Wind und Sonne einen Ersatz. Aber das müssen nicht unbedingt Kohlekraftwerke sein. Man kann Strom speichern, Wasserkraftwerke und Gaskraftwerke einsetzen, die Stromnachfrage flexibilisieren -
60 oder auch Kohlekraftwerke einsetzen. Kohlekraftwerke sind jedenfalls nicht die einzige Reserve. Entscheidend ist, dass das System ausreichend flexibel bleibt.

Erdgas spielt in der energiepolitischen Debatte hierzulande schon lange keine wichtige Rolle mehr. Ist das ein Fehler?

65 Das ist auch für mich eine überraschende Erkenntnis gewesen. Während Erdgas in vielen Ländern eine wichtige Rolle in den Überlegungen zum Klimaschutz spielt, ist das in Deutschland nicht der Fall. Mich wundert das. Erdgas hat als Energieträger viele Vorteile. Außerdem werden wir in den kommenden Jahren ein wachsendes Gasangebot auf dem Weltmarkt sehen, etwa aus den USA und aus Australien. Wir sehen darin große Chancen.

70

Vielleicht bedarf es zusätzlicher Anreize, etwa höherer Zertifikatspreise im Emissionshandel, damit Gas gegenüber Kohle attraktiver wird.

Gas emittiert nur halb so viel Kohlendioxid wie Kohle. Unter dem Aspekt des Klimaschutzes ist Gas also sehr hilfreich. Gas kann ganz erheblich dazu beitragen, den
75 CO₂ - Fußabdruck eines Landes zu verkleinern. Um den Einsatz von Gas attraktiver zu machen, bedarf es höherer Zertifikatspreise.

Die EU-Kommission spricht sich vehement gegen die Erdgaspipeline Nord Stream 2 aus, die russisches Erdgas durch die Ostsee nach Deutschland bringen soll, weil sie die Abhängigkeit von russischem Gas erhöhe. Teilen Sie diese Auffassung?

80 Das ist ein rein kommerzielles Projekt, über das ich nicht sprechen möchte. Grundsätzlich gilt aber: Es ist nicht empfehlenswert, von einem einzigen Erdgaslieferanten zu stark abhängig zu sein. Man sollte eine Diversifikation der Bezugsquellen anstreben. Allerdings werden die USA und Australien in Zukunft eine
85 wichtigere Rolle als Erdgasexporteure spielen. Es erhöht die Versorgungssicherheit, wenn zusätzliche Player auf den Markt kommen.

Welche Rolle spielt dabei verflüssigtes Erdgas (liquefied natural gas, kurz LNG)?

LNG wird in Zukunft eine entscheidende Rolle auf den Weltgasmärkten spielen.
90 LNG erhöht die Flexibilität und Liquidität der Gasmärkte ganz erheblich. Zu Beginn des Jahrtausends gab es fünf oder sechs LNG-Importeure. Jetzt sind es fast 40, und es gibt immer mehr Länder, die auf LNG setzen. Sie diversifizieren damit ihre Bezugsquellen und machen sich weniger abhängig von einzelnen Lieferanten.

95 *Brauchen wir zusätzlich zum Emissionshandel einen CO₂ - Preis?*

Der Emissionshandel ist ein gutes Instrument, aber er muss weiter reformiert werden. In seiner jetzigen Form hat er kaum Auswirkungen auf Investitionsentscheidungen. Das Preisniveau ist einfach zu niedrig. Das muss sich ändern. Außerdem wäre es effektiver, wenn der Emissionshandel künftig nicht nur die Sektoren Energie und
100 Industrie erfasste, sondern alle Bereiche.

Auch die IEA zeichnet das Bild von der „all electric society“. Wann wird sie Realität sein?

Das ist ein sehr langfristiges Projekt. Man darf sich da keinen Illusionen hingeben.
105 Wir werden beispielsweise im Transportsektor - etwa für Flugzeuge, Frachtschiffe und schwere Lkw - noch für geraume Zeit auf Öl angewiesen sein.

Wie lange?

Sicher noch 25 Jahre.
110

Vita Fatih Birol

Ökonom Birol, Jahrgang 1958, hat in Istanbul Kraftwerksingenieurwesen studiert und in Wien in Energiewirtschaft promoviert.
115

Berater Birol arbeitete zunächst bei der Opec, 1995 wechselte er zu IEA nach Paris.

Quelle: Stratmann, K., Handelsblatt, Nr.224, 21.11.2017, 010

Starker Gegenwind

Die Politik muss auf dem Markt für Windenergie wieder für faire Wettbewerbsbedingungen sorgen, fordert Jürgen Geißinger.

5

Großer Jubel in der Windenergiebranche: Im ersten Halbjahr 2017 gingen in Deutschland knapp 1 000 neue Windenergieanlagen an Land und auf See ans Netz. Sie können jährlich knapp drei Millionen Haushalte versorgen. Damit ist Deutschland erneut die treibende Kraft für Windenergie in Europa. Doch der Jubel ist verfrüht. Vielmehr besteht aktuell die große Gefahr, dass die Windenergie wegen politischer Restriktionen ab Januar 2019 sehr tief fällt. Denn dann dürfen nur noch Windparks errichtet werden, die in einem Ausschreibungsverfahren genehmigt worden sind.

10

Die Bundesregierung wollte die Akteursvielfalt erhalten und die Bürgerenergie schützen. Sonderregelungen und Ausnahmen wurden für Bürgerwindparks geschaffen. Sie brauchen zum Zeitpunkt der Auktion noch keine Genehmigungen für den Bau oder die Umweltverträglichkeit. Außerdem sind die erlaubten Realisierungszeiträume nur für Bürgerwindparks auf 4,5 Jahre fast verdoppelt worden. Dies klingt zunächst wenig dramatisch, hat aber in den beiden ersten Auktionsrunden zu absurden und am Ende katastrophalen Ergebnissen geführt. Grundsätzlich gilt: Wer am wenigsten Förderung pro Kilowattstunde Strom verlangt, erhält den Zuschlag. Bürgerenergiegesellschaften gaben strategisch niedrige Angebote ab und bekamen daher mehr als 95 Prozent der Zuschläge. Das Ziel eines fairen und echten Wettbewerbs wurde so ad absurdum geführt. Das führt zu enormer Unsicherheit in der Langzeitplanung und damit zum Stillstand: Der Anlagenbau kann nicht industrialisiert und Investitionen in die Technologie können nicht getätigt werden. Um die Wettbewerbsfähigkeit der Windenergiebranche zu erhalten, muss die Politik handeln. Die Zubauziele sind bei Onshore wie Offshore deutlich zu erhöhen. Die Auktionen als marktwirtschaftliches Instrument sind sinnvoll, aber dann muss auch gelten: gleiche Bedingungen für alle.

15

20

25

30

Als Unternehmen der Windenergiebranche wollen wir die Energiewende international zum Erfolg machen. Gleichzeitig sind wir besonders in unserem Heimatmarkt von den Rahmenbedingungen abhängig. Die müssen angepasst werden. Andernfalls droht ein massiver Arbeitsplatzabbau ähnlich dem der Solarindustrie.

35

Deutschland hat ambitionierte Ziele: Bis zum Jahr 2025 soll der Ökostromanteil von derzeit etwa 33 Prozent auf 40 bis 45 Prozent erhöht werden. Das wird aber nicht gelingen, wenn die Politik die Windenergiebranche durch Gesetze massiv bremst und verunsichert. Um erfolgreich zu sein, brauchen die Branche und die mehr als 100 000 Arbeitnehmer klare Perspektiven für die Zeit nach 2018. Wir haben es selbst in der Hand: Wir können Windenergie aus Deutschland international zum großen Erfolg führen.

40

45

Der Autor ist Vorstandsvorsitzender beim Windanlagenbauer Senvion.

Quelle: Geißinger, J., Handelsblatt, Nr.226, 23.11.2017, 013